



NEUESTE NACHRICHTEN

Dienstag, 14. März 2017

Badische Presse

72. Jahrgang · Nr. 61 · Ausgabe Karlsruhe

Vorbereitung auf Demo

Angesichts einer geplanten rechts-extremen Großdemo am 3. Juni rüsten sich Verwaltung, Polizei und auch Gegendemonstranten. Der OB muss sich dabei Attacken erwehren.

Dienstag, 14. März 2017

KARLSRUHE

Ausgabe Nr. 61 – Seite 19

Vorbereitung auf einen schwierigen Tag

Vor der Großdemo von Rechtsextremisten am 3. Juni laufen die Drähte bei Polizei, Verwaltung und Gegendemonstranten heiß

Von unserem Redaktionsmitglied
Theo Westermann

Noch zwölf Wochen bis zu dem Tag, an dem in Karlsruhe am 3. Juni vermutlich bis zu 1 000 Rechtsextreme ihren selbst erklärten und großsprecherischen „Tag der deutschen Zukunft“ begehen wollen. Die rechtsextreme Szene trommelt bundesweit für dieses Treffen, das die vergangenen Jahre quer durch die Republik stattfand. Beim bisher letzten Mal 2016 in Dortmund konnte die Polizei mit einem Großaufgebot von 5 000 Beamten nicht verhindern, dass rechtsextreme Demonstranten und Gegendemonstranten aufeinandertrafen und es zu Ausschreitungen und Gewalt kam. Auch in Karlsruhe bereitet man sich auf diesen schwierigen Tag vor, sowohl Verwaltung, Polizei und natürlich auch jene, die dagegen protestieren wollen. Inzwischen wurde dies auch ein Thema für die Kommunalpolitik, seitdem sogenannte Antifaschisten maßlose Attacken auf den sozialdemokratischen Oberbürgermeister Frank Mentrup reiten. Die BNN stellen die Hintergründe vor:

Die rechtsextreme Szene

Im wesentlichen stehen hinter dem „Tag der deutschen Zukunft“ Akteure der rechtsextremen Kleinpartei „Die Rechte“, die bestens vernetzt sind in der rechtsextremen Szene. Bereits vor einem Jahr wurde die Demo in Karlsruhe von einem Aktiven der Partei angemeldet. In Karlsruhe hat diese einen Kreisverband, der bei der vergangenen Landtagswahl beispielsweise durch hetzerische Plakate auffiel. Auch der Landesvorsitzende kommt aus Karlsruhe. Deren Akteure stecken auch hinter dem „Tag der Heimattreue“ in Bruchsal, sie waren auch jene, die aus Pegida Karlsruhe über Spaltungen die rechtsextreme Aktion „Karlsruhe wehrt sich“ machten. Bekanntlich hatte Pegida Dresden seinem Karlsruher Ableger den „Firmennamen“ entzogen, weil er als zu rechts galt. Verbindungen gibt es weiter zur verzweigten „Kameradschaftsszene“ auch in die Region. Bundesvorsitzender von „Die Rechte“ ist der Rechtsextremist Christian Worch, der nun mit seiner Bürgermeisterkandidatur im nahen Au am Rhein für Schlagzeilen und Auf-



KARLSRUHE STATT DORTMUND: Aktivisten der rechtsextremen Partei „Die Rechte“ haben Karlsruhe als Ort für ihre Demonstration „Tag der deutschen Zukunft“ auserkoren. Unser Bild zeigt eine Demo dieser Gruppierung im August 2013 in Dortmund. Foto: dpa

merksamkeit sorgt. „Die Rechte“ ist offen antisemitisch, verherrlicht das Nazi-regime und leugnet den Holocaust. Bei mehreren Vorbereitungstreffen in den vergangenen Monaten in und um Karlsruhe trat dieser Charakter erneut deutlich zu Tage.

Der Protest

In Karlsruhe regt sich seit längerem natürlich der Protest gegen den Neonazifaschismus. Zu nennen ist dabei wesentlich das Karlsruher „Netzwerk gegen Rechts“, ein breites Bündnis von linken, aber auch bürgerlichen Gruppen, es ist fast alles drin vertreten, was in der Stadtgesellschaft Rang und Namen hat, etwa die Kirchen, Gewerkschaften, Parteien wie Grüne, SPD oder

FDP-Fraktion. Das Bündnis hat sich bereits bewährt bei den regelmäßigen Protesten gegen die (zunächst) Pegida-Demos und dann gegen jene von „Karlsruhe wehrt sich“. Durch die Mitarbeit des städtischen Kulturamts oder des Stadtjugendausschusses hat es quasi auch den Segen der Stadt. Am 28. März trifft sich deshalb auch eine erste Runde im DGB-Haus, um über Protestmaßnahmen gegen die Demo zu beratschlagen. Auch der OB nimmt dran teil. Doch das Bündnis hat Bruchlinien. Durch die enorme Bandbreite gibt es auch höchst unterschiedliche Einschätzungen. So gibt es etwa Gruppen, die wie die Interventionistische Linke ein ungeklärtes Verhältnis zur Gewalt haben, andere Zusammenschlüsse verlangen ein

höchst kompromissloses Vorgehen gegen die Rechtsextremen bis hin zu Blockadeaktionen. Damit wäre aber die Grenze zu strafbaren Handlungen überschritten. Dies ist auch der Knackpunkt für alle Gegenaktionen. Ist man bereit, Rechtsbruch zu begehen, um die Demonstration der Rechtsextremisten zu verhindern? Ist man bereit, die Polizei in eine Lage zu bringen, wo sie das Demonstrationsrecht durchsetzen muss?

Die Stadtverwaltung

Die Stadtverwaltung ist mit ihrer Ordnungsbehörde zuständig für entsprechende Auflagen zur Demo. Sie muss sie nicht genehmigen, sie kann scharfe oder weniger scharfe Auflagen erlassen, sie kann sie aber auch verbieten, wenn es

dafür konkrete Anhaltspunkte gibt. Da muss es dann aber entweder um zu erwartende Straftaten oder um nicht beherrschbare Risiken für die öffentliche Ordnung gehen. Diese Hürde ist hoch: Die Demonstrationsfreiheit ist ein hohes öffentliches Gut, immer wieder haben die Gerichte bis hin zum Bundesverfassungsgericht dieses Recht auch extremen Gruppen zugestanden. Die Stadt ist nicht bereit, sich hier auf ein aussichtsloses Gerichtsverfahren einzulassen, dies hat OB Frank Mentrup wiederholt deutlich gemacht und darauf verwiesen, dass auch die Gegenseite juristisch versiert beraten ist. Für diese Einschätzung der Rechtslage und auch seiner Weigerung, zu irgendwelchen strafbaren Handlungen aufzurufen, um die Demo zu verhindern, kassiert er nun von links-extremen Gruppen massive persönliche Angriffe. „Das Perfide ist nicht nur die Verunglimpfung, sondern perfide ist, dass, wenn ich bestimmte Dinge nicht tue, mir unterstellt wird, ich würde die Rechtsextremen billigen“, sagte der OB jüngst zu den BNN. Die Reibungen zwischen OB und linksautonomer Szene resultieren auch daher, dass Mentrup diesen Antifa-Gruppen nicht den Gefallen tut, beim Protest gegen die regelmäßigen Demos der Rechtsextremen unterschiedlicher Couleur in der Stadt ständig Flagge zu zeigen.

Die Polizei

Wie die Polizeibehörde der Stadt bereitet sich auch die Polizei intensiv auf den 3. Juni vor. „Wir holen uns Infos, wo es geht,“ so Polizeisprecher Fritz Bachholz gegenüber den BNN. Gerechnet wird mit einem Großinsatz, wie ihn Karlsruhe schon lange nicht mehr erlebt hat. Erschwerend kommt noch hinzu, dass am 3. Juni auch der Christopher Street Day in der Innenstadt stattfindet. Auflagen für den sogenannten „Tag der deutschen Zukunft“ könnten dann so aussehen, dass man diese Demo fern von der Innenstadt halten will. Aber auch jene Auflagen könnten von den Rechtsextremen vor Gericht gebracht und bei allzu offensichtlicher Benachteiligung auch gekippt werden. Dies wäre etwa der Fall, wenn man die Demonstration in irgendein fernes Industriegebiet verlegen wollte.